

# Die Baugewerkschaft

## Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,  
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Vorstandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Müdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schickung:

Berlin O., Müdersdorferstr. 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an  
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Pfg. (ohne  
Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband  
1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 49.

Berlin, den 8. Dezember 1907.

8. Jahrgang.

### Inhaltsverzeichnis.

**Der Entwurf des Reichsvereinsgesetzes.** — Die christlichen Gewerkschaften Oesterreichs. — Rundschau: Ein Kartell, 23.027.88 Mark. Kontrollen und Kommune. Schwindellassen. „Gelbe“ Gewerkschaften. Ein Mitbegründer der „Gelben“. Ein Notzettel. Nach dem Strohalm. — Wirtschaftliche Bewegung. — Verbandsnachrichten: Mülheim. Bochum. Kempen. Wülfrath. Reichenstein. Lauringen. Alfena. Nachen. Allenstein. Veitshöchheim. Siering-Wendel. Wetzlar. — Aus dem Gesamtverband. — Literaturisches. — Vorfälle. — Bekanntmachungen. — Sterbefälle. — Anzeigen.

### Mitteilung des Zentralvorstandes.

Am 1. Dezember ist uns von Seiten des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe die Kündigung der in Rheinland, Westfalen und Mitteldeutschland bestehenden Tarifverträge zugegangen. Die Verträge in Mitteldeutschland sind zum 31. März, die in Rheinland, Westfalen zum 30. April nächsten Jahres gekündigt.

Mit der Kündigung sind uns mehrere Exemplare eines vom Arbeitgeberbunde ausgearbeiteten Vertragsentwurfes zugesandt worden, auf Grund dessen Verhandlungen stattfinden sollen. Nach diesem Entwurf wollen die Arbeitgeber die in diesem Jahre geltenden Bestimmungen bezüglich Arbeitszeit und Stundenlöhne auf weitere zwei Jahre für „Kl. H.“-Gesellen und Arbeiter bestehen lassen.

Dies zur vorläufigen Information unserer Mitglieder. Nur abgegebenen Zeit werden wir Ihnen weitere Mitteilungen durch die Vorstände zugehen lassen.

Der Zentralvorstand. J. A.: Jos. Wieberg.

### Der Entwurf des Reichsvereinsgesetzes.

Er glaubte begründete Hoffnung zu haben, seiner Fesseln entledigt zu werden. Sie drücken ihn auch sehr. Warum werden wir gefesselt? Was ist etwa ein Verbrecher? Keineswegs! Was ist etwa unzüchtig? Absolut nicht; seine Mündigkeit bewies er am besten dadurch, daß er nach Befreiung der ihn unnötig beengenden Fesseln, deren Unnöthigkeit sowohl von ihm als auch von anderen vernünftigen Menschen anerkannt wurde, verlangte. Aber warum war er nur gefesselt? — Man traute ihm nicht, und deshalb wurde er gebunden.

Nun soll er die Freiheit haben — so sagte man ihm wenigstens. Von einem hohen Turm aus soll er sie zuerst genießen. Volk goldener Hoffnung und jugendlicher Kraft stützt er den steilen Berg hinauf. Hat er's ja erreicht. — Aber was ist das? Steht da nicht ein Mensch am Eingang des Turmes und hält ihm seine Oberlippe abgelegt, allerdings etwas ansehnlicher, fesselt sie wiederum entgegen? Der Mensch ist behelmt — Er will zurück, aber man packt ihn und schiebt ihn hinein in den Turm. Jaghaft steigt er empor; seine Entlassung wird immer größer. Auf jeder Stufe ist er den Blicken eines Wächters ausgesetzt. Aber nun ist er oben, nun ist er doch gefesselt? — O weh! Das ganze Firmament ist mit einem Nebel von Polizeihelmen bedeckt. Nur einige lichte Punkte entdeckt er noch im Süden; aber auch ihnen droht Gefahr von dem „Nebel“ überlagert zu werden.

Wählich tanzen einige Zugvögel neben ihm auf. Ihre Schnäbel sind verbunden. Warum sind sie verbunden; was heißt ihnen? Ihnen ist, da sie auf anderem Boden, auch teilweise zwischen den schwarz-weißen Grenzpfählen gebieten, der Schnäbel anders gewachsen. Aber es sind ihrer nur wenige. Ihr Gesangsbegehrt auch keine Gefahr für die übrigen; im Gegenteil: Er würde nur das Koncert verschönern. Macht nichts. Sie sind sehr gut im Zeuggeschäft, und da einige Raubvögel der Meinung sind, das Brüden könnte unter dem Gesang leiden, deshalb wird ihnen der Schnäbel verbunden.

Ein weißer Mann steht neben ihm; Warum so traurig, mein Sohn? Hast du keine Erwartungen höher gestellt? Es hätte können sein — allein — du bist das Objekt eines Handels geworden, das zwischen der Börse und den kartellierten Kösten und Prantjunkten liegt.

Versteht du mich, lieber Vater? Die Regierung hat einen Gesetzentwurf über ein Reichsvereinsgesetz im Reichstag eingebracht, von dem vorausgesetzt wurde, daß es besonders freiheitlich und fortschrittlich ausfallen sollte. Was hat eine Enttäuschung. Bewundern sollte das eigentlich nach der Rechtsfähigkeitsvorlage vom vergangenen Herbst nicht. Auch sie wurde von allen gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen abgelehnt. Zwischen dem und heute liegt aber ein Ereignis, von dem behauptet wurde, es trage eine besonders arbeitstrennende und schmerzliche Signatur. Was sind wir aber erst andere Bedenken bekommen, als wie dieser Reichsvereinsgesetzentwurf. Was ist auch eigentlich das Gegenteil von: „Seht erst recht schmerzliche“?

Der Entwurf trägt den Stempel eines Polizeigesetzes an sich. Er schafft neue Ausnahmestimmungen und läßt alle bestehenden Wohl bringt er Eingekerkeltheit, und hebt das Verbot der Teilnahme von Frauen und jugendlichen Personen an Versammlungen, sowie die Einreichung der Mitgliederlisten auf ein einzelnes Reichsmitglied, er darf weitere drückende

Bestimmungen, wovon manche nur noch formell bestanden. Dafür aber enthält er Paragraphen, welche diese Vorteile absolut wieder aufheben, ja Verschlechterungen bringen. Das einzig wichtigste erfreuliche an ihm ist der Paragraph 1, welcher besagt: „Alle Reichsangehörigen haben das Recht, zu wählen; die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufend, Vereine zu bilden und sich zu versammeln.“ Er scheint zu dem Zweck aufgestellt zu sein, um auf allen Seiten und Enden durchlöcherig zu werden.

Die Anmeldepflicht der Versammlungen ist nach der in Preußen üblichen Zeit von 24 Stunden vorher festgesetzt. Der Landeszentralbehörde soll es überlassen bleiben, Bestimmungen hiervon einzutreten zu lassen. Das ist mit Rücksicht auf die Straßen, wo heute keine Anmeldepflicht besteht, wie Hessen, Baden usw. gesehen. Würden diese eben keinen Gebrauch davon, so bedeutet das eine Verschlechterung. In Wahrheit ist die Anmeldepflicht auf 12 Stunden ermäßigt. Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel, sowie Aufzüge auf öffentlichen Straßen und Plätzen bedürfen der Genehmigung der Polizeibehörde. Verboten sind diese nur, wenn Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu befürchten ist. Damit ist der Willkür Tür und Tor geöffnet, und wird die Behörde nichtige Versammlungen auf Grund dieses Paragraphen schon zu verhindern wissen.

Der schlimmsten Spießes bezüglich des Begriffs „öffentliche“ Versammlung ist auch in Zukunft freies Feld eingeräumt. Jede Versammlung, welche sich mit öffentlichen Angelegenheiten befaßt, ist anmeldepflichtig. Eine Beschränkung der Personenzahl gibt es nicht. Unter „öffentliche“ Versammlungen fallen auch, wie in der Begründung hervorgehoben wird, alle Vereinszusamkünfte, wenn sie die Merkmale einer öffentlichen Versammlung an sich tragen, d. h. sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen. Hiernach ist jede Zusammenkunft, mag es eine Kartellkongress oder Konferenz sein, anmeldepflichtig, und ist der polizeilichen Überwachung unterworfen. In der Beurteilung der öffentlichen Versammlung ist auch der Ort der Abhaltung nicht entscheidend. Wenn demnach eine solche Zusammenkunft in einem Privathaus stattfindet, fällt sie unter die gleichen vorher genannten Bestimmungen.

Bei Gründung eines Vereins müssen innerhalb einer Woche die Vereinsstatuten sowie ein Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes der Polizeibehörde eingereicht werden. Ebenso jede Veränderung in der Satzung oder den Vorstandsmitgliedern. Auf Verlangen des Amtsgerichts hat der Vorstand jederzeit eine Bescheinigung über die Zahl der Mitglieder einzureichen. Auch das ist der Willkür überlässiger Richter das Tor geöffnet. Neben dem Verbot der Einreichung der Mitgliederliste, fucht die Begründung damit hinwegzutreten, indem sie meint, in kleineren Verhältnissen könne eine aufmerksame Polizeibehörde sich auch ohne das Mitgliederverzeichnis leicht unterrichten. In Großstädten oder bei größeren, weite Gebiete umfassenden Vereinen, sei auch die Mitgliederliste nicht ausreichend. Außerdem sei ihre genaue Durchführung unmöglich. Damit ist die Unhaltbarkeit des bisherigen Zustandes beigegeben.

Die Ausnahme-Bestimmungen gegen die Landarbeiter bleiben bestehen. Sie sollen demnach auch für die bei das Koalitionsrecht nicht erhalten. Wir bezeichnen das als unerhört. Die Großgrundbesitzer machen von dem Recht der Vereinigung in weitestgehender Weise Gebrauch, der breiten Volksmasse werden im Interesse der Landwirtschaft große Opfer durch die Polizeigesetzgebung auferlegt, aber den Landarbeitern, die zu den geplagtesten deutschen Staatsbürgern zählen, ihnen wird das Vereinigungsrecht vorenthalten.

Das unangenehmste in dem Gesetzentwurf ist das Verbot der Fremden in den Versammlungen. Es soll also in Zukunft nur noch in deutscher Sprache in den Versammlungen geredet werden. Das bedeutet nicht nur eine Rechtsanmaßung deutscher Staatsbürger fremder Zunge, sondern auch eine Auslieferung der Ausländer nichtdeutscher Sprache an das Kapital. Außerdem eine Einschränkung der Koalitionsfreiheit der deutschen Arbeiter. Daher auch der ungeliebte Beifall der Scharfmacher.

Wozu leitet die Regierung die Gründe für einen derartigen Ausnahmeparagraphen? Das Deutschland soll dadurch geschützt sein. Man möchte wissen, wenn es nicht tiefest wäre. 3-4 Millionen Angehörige nichtdeutscher Zunge sollen einigen 50 Millionen Deutschen, die ihre gewaltige Macht in der Schaffung des heutigen Staates mit keiner großartigen Industrie gezeigt haben, gefährlich sein? Ist das wirklich zu glauben? Dazu gehört eine ungeheure Portion Schwarzsehererei. Die eugherzigste Kleingeisterei offenbart sich in diesem Paragraphen. Mit dessen Annahme wäre der Einfluß der deutschen Arbeiter auf die Ausländer, welche zum größten Teile als Lohnrücker von den Unternehmern geholt werden, gebrochen. Die Folge wäre, daß die Unternehmer noch mehr Ausländer heranziehen würden, es wäre eine willige, und vor jeder Gefahr sichere Schutzgruppe der Unternehmerinteressen. Es hat den Anschein, als ob es hierauf abgesehen wäre.

Bis zu 600 Mark sollen Vergewaltigungen gegen das Vereinsgesetz bestraft werden können. Das könnte ja eine rechte Handhabe zur Pfändung der Gewerkschaften werden. Unwissenheit schützt nicht vor Strafe; mancher ungeschulte Kollege, oder eine im Drange der Geschäfte vergessene Anmeldung könnte der Gewerkschaft gefährlich werden. Wenig Freiheiten, dagegen außerordentlich hohe Strafen. Das macht das Bild vollständig.

So also soll das „freiheitliche“ und „fortschrittliche“ Reichsvereinsgesetz aussehen. Auf den Geist kommt es an, der die soziale Bewegung durchdringt, schreiben wir in einer früheren Nummer. Das ist echter preussischer Patriotismus, der in dieser Vorlage enthalten ist. Wo ist die verprochene Freiheit? Die Polizei hat die gleichen Befugnisse behalten, ihre Bevormundung bleibt also bestehen. Von Schutzbestimmungen gegen Uebergriffe der Polizei oder einer Höhe des Strafmaßes dieserhalb ist nichts vorgesehen. Wo ist nur der Fortschritt? Von den eingangs genannten Verschlechterungen sowie dem Wegfall der Einreichung der Mitgliederliste abgesehen, ist nirgends ein solcher

zu bemerken. Dagegen der größte Rückschritt in der Sprachfrage. Man bindet den Ausländern und den Polen einfach die Schnäbel zu. Schon diese Bestimmung allein macht uns ein Einverständnis mit diesem Gesetzentwurf zur Unmöglichkeit. Wer damit einverstanden ist, tritt die Interessen der deutschen Arbeiterenschaft mit Füßen, und arbeitet im Interesse des Unternehmertums. Von Gerechtigkeit wollen wir schon gar nicht mehr reden.

Warum hat die Regierung solche, dem Geiste der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Fortschritts widersprechende Bestimmungen ausgenommen? Sie hofft damit die Scharfmacher und Kerkler für dieselben zu gewinnen. Um auch die „Overalens“ mit denselben „auszuführen“, wurde ihnen die Versengesehene überlassen. Sie bietet ihnen greifbare Vorteile. So sind wir das Objekt eines Handels geworden. Den Nachteil davon trägt die deutsche Arbeiterschaft. Den Reichsvereinsgesetzentwurf in dieser Form lehnen wir entschieden ab.

### Die christlichen Gewerkschaften Oesterreichs.

Eine allgemeine Konferenz der christlichen Gewerkschaften Oesterreichs tagte am 17. November in Wien. Einen Ueberblick über die hundertjährige Arbeit läßt die wohlbegründete Hoffnung aufkommen, daß nunmehr ein entscheidender Punkt nach vorwärts getan worden ist. Die österreichische christliche Gewerkschaftsbewegung krankte an einer deutlich zu erkennen Unklarheit und Unentschiedenheit in ihren Zielen. Sie leidet ferner an einer großen Zersplittertheit; die Zentralisationsform ist nur zum geringsten Teil durchgeführt. Stehen derselben infolge der nationalen Zersplittertheit auch erhebliche Widerstände entgegen, so müssen trotzdem Mittel und Wege gefunden werden, um dieses Ziel zu erreichen. Den bestehenden Eigenarten muß soweit wie notwendig und angängig Rechnung getragen werden.

Die Existenz der christlichen Arbeiterbewegung in Oesterreich ist auf die gleiche Ursache wie bei uns in Deutschland zurückzuführen: Die Ausnutzung der bestehenden freien Gewerkschaften zugunsten der politischen Sozialdemokratie und deren atheistischen Zielen. Ihr späteres Eingehen liegt in der späteren Entwicklung der sozialdemokratischen Verbänden, welche letztere wiederum seinen Grund in der Entwicklung der österreichischen Industrie hat. Die sozialdemokratischen Verbände sind der christlichen Bewegung denn auch weit voraus. Ingesamt waren auf der Konferenz circa 70 000 christliche Arbeiter in 48 Verbänden und Vereinen vertreten. Davon entfallen 27 018 Mitglieder auf 13 Zentralverbände mit 48 Ortsgruppen. Die Gesamteinnahmen betragen 170 000 Kronen, die Ausgaben 80 000 Kr.; das Gesamtvermögen beträgt circa 100 000 Kronen. Die Beiträge bei den Zentralverbänden schwanken zwischen 30 Heller bis 1 Krone Einschreibgebühr und 16 bis 60 Heller Wochenbeitrag. Bei den übrigen Verbänden stehen sie niedriger.

Das Unterstützungswesen erfährt eine fortwährende Erweiterung. In zehn Verbänden ist Streik, in neun Arbeitslosen-, in acht Kranken- und in vier Sterbeunterstützung eingeführt. Reiseunterstützung und Rechtshilfe erhalten die Mitglieder von dem Reichverband der nichtpolitischen Vereinigungen christlicher Arbeiter Oesterreichs.

Die Gewerkschaftspresse ist in dauernder Entwicklung begriffen. Elf Gewerkschaftsorgane stehen heute den bestehenden Verbänden; davon sechs deutsche, zwei tschechische, je ein slowenisches, polnisches und italienisches. 23 Organisationen, darunter sieben Zentralverbände, bestehen den christlichen Gewerkschaftler.

Desobede, ganz im Dienst der Verbände stehende Kräfte sind etwas über 24 vorhanden. Davon entfallen auf den Textilarbeiterverband, als stärksten Verband mit 10 016 Mitglieder, allein neun.

Die Konferenz verfolgte den Zweck, eine klare Richtschnur, sowohl auf prinzipieller, wie auch auf den, den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechender praktischer Gebieten, zu geben. Seinen Niederschlag fand das in folgender Resolution:

Die großen wirtschaftlichen Umwälzungen unserer Zeit, hervorgerufen durch das Vordringen des Materialismus und begünstigt durch die großkapitalistische Entwicklung der Produktion haben die Stellung des Arbeiterstandes im Wirtschafts- und Gesellschaftsorganismus zu einer unhaltbaren gemacht. Das wichtigste Mittel zur Besehung dieses Zustandes und zur Schaffung einer gesunden Basis für eine günstige Entwicklung der Lage des Arbeiterstandes ist die Organisation. Die christlichen Gewerkschaften in Oesterreich haben daher das Ziel, die christliche Arbeiterchaft in Oesterreich durch gemeinsames Vorgehen zur Wahrung ihrer geistigen und materiellen Interessen zu befähigen und ihnen die gebührende Einflussnahme auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu sichern. Auf den eminent sozialen Grundfragen des Christentums aufbauend, sind die christlichen Gewerkschaften eine Organisation, die als ein Teil der gesamten christlichen Arbeiterorganisation die Zugehörigkeit der ihr angeschlossenen christlichen Arbeiter zu konfessionellen oder politischen Organisationen nicht hindert. Die christlichen Gewerkschaften selbst werden sich jedoch von jeder konfessionellen oder politischen Propaganda fernhalten.

Sie stehen nicht auf dem Boden des Klassenkampfes. Unternehmer und Arbeiter erscheinen heute als notwendige Faktoren im Produktionsprozeß, zwischen denen in vielen Punkten eine Interessengemeinschaft besteht. Entsprechend dieser grundsätzlichen Annäherung betreiben daher die christlichen Gewerkschaften Theorie und Praxis des Klassenkampfes, was sie jedoch niemals hindern wird, mit rücksichtsloser Entschiedenheit die Interessen des Arbeiterstandes zu vertreten.

Der Streik ist nur dann anzuwenden, wenn alle anderen Mittel versagt haben.

1. Organisationsform.

Die christlichen Gewerkschaften haben die Organisation nach Grundsätzen der christlichen Ethik durchzuführen...

2. Aufgaben der christlichen Gewerkschaften.

Die christlichen Gewerkschaften haben die Durchführung der zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter...

3. Mittel der christl. Gewerkschaften.

Zur Durchführung dieser Aufgaben haben die christlichen Gewerkschaften zunächst die Arbeiter zu belehren und zu bilden...

Die Beiträge der Mitglieder sind nicht zu gering, d. h. so zu bemessen, daß die Organisationen allen Verpflichtungen...

In einer weiteren Resolution wird der Ausbau des Vertrauensmännersystems, der Hausorgane, Einrichtung von Unterrichtsstellen...

Die Verhandlungen durchwegs ein herzerquickendes vorwärtstreibendes Ton. Denn auch immer noch Unklarheiten vorhanden sind...

Die Verhandlungen durchwegs ein herzerquickendes vorwärtstreibendes Ton. Denn auch immer noch Unklarheiten vorhanden sind...

Rundschau.

Ein Artikel

im Berliner Baugewerbe wurde auf Betreiben des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe ins Leben gerufen...

23.027,88 Mark

verpulverte der sozialdemokratische Stützeverband bis zum 1. Januar in dem auf unsere Vermittlung abgesehenen Kampfe...

10.851,52 Mark

anzusehen, da es sich um unsere Spaltung in Mannheim handelte. Welche Wunder mochte bis jetzt festgestellt. Darf 34.000 von Arbeitergrößen...

Derzeit zu Anfang des Jahres 1906 waren unsere Mitglieder den größten Lohnsteigerungsstreiks der sozialdemokratischen Gewerkschaften ausgesetzt...

unter die Arme greifen. Das Ansehen unserer Organisation erfordert das, es war ein Mangel um Gerechtigkeit...

Die Sozialdemokraten mußten die Christlichen anerkennen.

Mußlos wurden die von Arbeitern schon erarbeiteten Ausprägungen verpulvert. Was hat der Zentralvorstand des sozialdemokratischen Stützeverbandes hierzu getan?

Baukontrolle und Kontrolle.

Das Stadtverordnetenkollegium des Stadt Straßburg i. G. beschloß, einen Baukontrolleur aus Arbeiterkreisen anzustellen. Außerdem wurde ein Antrag angenommen...

Schwindelkasten

entstehen immer und immer wieder. Leider finden sich auch regelmäßig Dumme genug, welche auf den Leim gehen...

Die als eingetragene Hilfskasse zugelassene Brandenburgerische Krankenkasse zu Berlin, deren Geschäftssitz sich zurzeit Berlin N., Invalidenstr. 129 II, befindet...

- a) für jede einberufene Vorstandssitzung und zwar für jedes Vorstandsmittglied 20. M., also für fünf Vorstandsmittglieder 100 M.
b) für den Vorsitzenden (Direktor) ein Gehalt von 4500 bis 5100 M.
c) für den Bedanten (Büreauchef) ein Gehalt von 1200 bis 1500 M.

Die hierdurch der Kasse zur Last fallenden persönlichen Verwaltungskosten sind derartig hoch, daß in Berücksichtigung der noch hinzutretenden Gebühren...

Es wäre zu wünschen, so bemerkt hierzu die „Westf. Arbeiterzeitung“, daß die Hilfskassen öfter, wie bisher, nach vorausgegangener Untersuchung und Beobachtung öffentlicher Warnungen...

„gelbe“ Gewerkschaften

wollen die in der zu Hamburg gegründeten „Bund“ vereinigen. In dem Bundesorgane „Deutsche Treue“ (Nr. 106) erklärt der Bundesvorstand eine lange protestierende Erklärung...

Ein Mitbegründer der „Gelben“

Vor der Berufungsinanz in Bochum fand am 21. November ein Bekleidungsprojekt seinen Ausgang...

Daß er auf Vorschlag des „Christlichen Gewerkschaften“ die „Wohlfahrtsgesellschaft“ befaßt und nach seinem ersten Sporn erworben habe...

daß er für 20.000 M. die Steigerkinder beim Verbandszuzugrecht wollte. Die schwerste Anschuldigung ist dem Artikel war jedoch...

Ermerz schickte sich durch den Artikel beleidigt und klagte gegen den „Gewissen“ Leimpeters (als verantwortlicher Redakteur der „Bergarbeiterzeitung“)

Der erste Vorwurf ist: Hat der Privatkläger beim Bergarbeiterverband Material gegen diejenige Organisation geliefert, der er damals angehörte?

Herr Ermerz ist Sekretär des „Königsbrunn“ Bergarbeitervereins des Flusses Pleiß in Waldenburg in Schlesien...

Ein Postkart

enthüllt neuerdings dem „Haushaltungsbuch“ der „Berliner“, Das ist nämlich ihr neuestes Schlagwort, welches vor ihnen...

„Das Arbeiterhaushaltungsbuch“ beginnt sich nach und nach bei der oberflächlichen Bevölkerung einzubürgern...

Ist das nicht entpörend? Und was haben die „Berliner“ darauf zu erwidern? Sie wollen vor die Regierung hintreten...

Uebrigens bietet die Postkarte auch eine hübsche Illustration des „Arbeiter“, der dem Zentralvorstande wieder bezüglich seiner Charakterisierung...

Nach dem Strohhalm

greift der Entzündete. Diese Empfinden hatten wir, als wir in der „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 328 vom 26. 11.) lasen...



schaftsbewegung. Mit großer Aufmerksamkeit folgten die Kollegen den Ausführungen. In der Diskussion beteiligten sich nur zwei Kollegen vom „Freien“ Verbande. Beide waren mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Der letzte Diskussionsreferent rügte die Schlaflosigkeit der christlichen Kollegen. Diese sei am besten dadurch geltendgemacht, daß die Versammlung zum weitestgehenden Teil von „Freien“ besetzt sei, trotzdem die Christlichen an Zahl stärker seien. Kollege Dreubel ersuchte hierauf die Verbandskollegen, sie mögen sich von den Sigen erheben, um zu sehen, inwiefern der „freie“ Kollege Recht hatte. Zu seinem und seiner Kollegen Bedauern mußte er feststellen, daß von 37 Kollegen nur 12 anwesend waren. In laudischen Worten gelobte er die Bausheit der nichterscheinenden Kollegen. Öffentlich besinnen sich jene Kollegen beim Lesen dieser Zeilen auf ihre Pflichten als Gewerkschafter und lassen sich in Zukunft nicht mehr von den freien Kollegen beschämen.

**Steinbrücker.**

**Eröffnung.** Als ein Schauspiel für Götter gestaltet sich eine in unser Versammlungsort bei Kester einberufene außerordentliche Versammlung des sozialdemokratischen Steinbrückerverbandes am 1. November. Da wir diesen Tag unsere festgesetzte regelmäßige Vertrauensmänner- und Bundesvertreterversammlung in unserem Verbandstokale abhalten, so stand der Saal zu unserer Verfügung. Als die Steinbrücker den Saal für den betreffenden Abend ausgemacht hatten, waren sie darauf aufmerksam gemacht worden, daß der Saal für uns bestellt sei. Unter dem Vorgeben, sie seien vom christlichen Verbande und wollten für Götterfeld eine Folliale gründen, hatten sie es durchgesetzt, daß ihnen das Lokal zur Verfügung gestellt wurde. Umgeben durch solche Raffinerie behaupteten unsere Kollegen an dem fraglichen Abend trotz der angesehnen außerordentlichen Versammlung des Steinbrückerverbandes das Lokal. Die Versammlung war nun auch, was sich im Laufe der Versammlung bestätigte, einberufen, um auch hier wieder die Kollegen zu täuschen, da durch die Auseinandersetzung in der Presse bezüglich der Tauschung durch das Statut, die noch christlichen Steinbrücker dem Verbande den Rücken lehren. Darob wollte man eine Auseinandersetzung mit uns haben. Gleich zu Anfang zeigte sich schon die Nervosität und Unfähigkeit der Genossen, da nicht viel wurde über die Vorarbeiten der Versammlung und Gaudeliter ausgesprochen. Im Einklange der Diskussion erklärte der Gaudeliter Wiese dem Vorliegenden Wirt, „ich habe hier vorläufig zu sagen“, was eine allgemeine Heiterkeit hervorrief. Bemerkten wollen wir, daß wir gar nicht auf diese Versammlung zurückkommen wären, wenn nicht in einem späten Augenblicke Artikel der Nr. 24 vom 24. November der „Steinbrückerzeitung“ den Christen eine Moralpredigt gehalten würde mit der Überschrift: „Du sollst nicht falsch Zeugnis geben wider deinen Nächsten“. Wir gestehen, ein solches Zeugnis haben wir wirklich noch nicht gelesen, aber wir hatten das der krankhaften Beranlagung des Schreibers zugute. Ein Mann, der in Versammlungen als wirkliches Köhner Sänneschen auftritt, von dem brauchen wir uns keine Moralpredigten halten zu lassen; denn allgemein war bei dem ersten Auftreten des Genossen Wiese in dieser Versammlung der Eindruck vorhanden, als sei er total betrunken. Auf das ganze Geschehen einzugehen, verlohnt sich nicht, es wäre der Ehre zu viel. Nur einige Behauptungen möchte ich richtig stellen. Genosse Wiese behauptet, allem Anschein nach seien die christlichen Führer erschiene, um bei Eröffnung der Versammlung Bureauwahl zu verlangen. Hier muß dem nervösen Gedächtnis etwas nachgesehen werden. Nach Eröffnung der „öffentlichen“ Versammlung wurde selbst vom Genossen Wiese Bureauwahl gewünscht. Darauf meinte ich mich zur Geschäftsordnung und sagte wörtlich: daß, nachdem die Versammlung als öffentliche erklärt worden sei, wir trotzdem auf Bureauwahl verzichten, uns aber ein Aktivist zugucken werden müsse. Unsererseits wurde Kollege Seebach als zweiter Vorsitzender vorgeschlagen und gewählt. Wenn nun Genosse Wiese sagt, das sei geschehen, um eine ruhige sachliche Aussprache herbeizuführen, so wissen wir nicht, was er unter sachlicher Aussprache versteht. Wir unsererseits verstehen darunter keine Clownsprünge, wie sie der Genosse Wiese ausführte. Dann legte Wiese los über das angeklagte Thema: „Stellungnahme zu dem ablaufenden Tarif“. Aber – Enttäuschung über Enttäuschung, kein Wort von dem. Wer schon bei Eröffnung der Versammlung und bei dem Streit Wiese mit dem Vorsitzenden der Folliale die Auffassung gehabt hatte, daß Genosse Wiese total betrunken sei, der bekam jetzt noch mehr diesen Eindruck. Zugestanden, ich habe schon viele sprechen gehört, darunter auch nicht immer die besten, aber ein solches hatte weder ich noch unsere Kollegen gehört. Wenn das Mittel mit dem Referenten nicht stärker gewesen wäre, als das Reizen zum Lachen, so hätte der „Redner“ Wiese keine Sänneschen-Aussprüche sicher unter allgemeiner Heiterkeit vollenden können. Ferner behauptet Wiese, daß er unter wiederholter Störung der Christen festgesetzt habe, daß bisher sowohl die Gaudeliter, als auch der Hauptvorsitzende der Paragrafen 1 des Statuts in größter Toleranz und dem Marke wie Sinne gemäß gehandelt habe. Wir wissen nicht, ob Wiese glaubt, wir wären taub gewesen, oder ob er glaubt, wir wären ebenso taub wie er; sowohl Wiese wie auch der Vorsitzende Wiese konnten nicht abstreiten, worum es sich handelte. Nun ja, das würde ja sogar in der uns zugewandten Berichtigung zugegeben. Wie satirisch „Klug“ der Genosse Wiese ist, geht daraus hervor, daß er in dieser Versammlung die Mitglieder des Verbandes zum Terrorismus aufjockerte. Unter allgemeiner Heiterkeit endete Genosse Wiese mit seinem Latein, und keiner der Anwesenden mußte recht was er gewollt hatte. Nach Eröffnung der Diskussion soll sich schon beim ersten Redner der wahrhaft christliche Agitator gezeigt haben. Ein außerordentlich lobenswertes Zeugnis aus gegnerischer Munde. Meine erste Behauptung war aber nicht die, daß sich die Steinbrücker das Lokal erschaffen hätten, indem sie die Versammlung als christliche Versammlung dem Wirt gemietet hätten, sondern ich sagte: Während des Vortrages des Kollegen Wiese sei selbst bei den Mitgliedern des Steinbrückerverbandes die Ueberzeugung gewonnen, daß es ungerathen sei, wenn sie allein gelassen wären, damit nicht auch die Christlichen noch die Sänneschen-Aussprüche des Kollegen Wiese ohne Eintrittsgeld anhören könnten, denn gewöhnlich werden solche Aufführungen nur gegen Entree gegeben. Die anderen Behauptungen bezüglich der 20000 M. Vergütungsgelder (nicht 200000 M., wie Kollege Wiese jagt), beruhen auf Wahrheit. Auch die Behauptung, daß die Mitglieder des Steinbrückerverbandes auf Grund des § 1 des Statuts über den wahren Charakter des Verbandes geklärt werden. Wie unelischam dem Genossen Wiese diese schäblichen Behauptungen waren, beweisen seine fortwährenden Zwischenrufe und Unterbrechungen. Des spottete allem Kaputt. Selbst von seinen eigenen Mitgliedern mußte er sich in die Stille zu weichen lassen; dabei verdröhte er die Augen, daß nur noch das Reize zu sehen war. Die Mitglieder des Steinbrückerverbandes hatten demnach einen größeren Aufstand und die Angst und Kameradschaft, mit der die Kollegen meinen Ausführungen folgten, bewies ich, daß ich nicht so ganz ungerathen habe, wie es der Genosse Wiese behauptet. Diese Kameradschaft seiner eigenen Kollegen während meiner Ausführungen, können Wiese ganz außer Fassung gebracht zu haben, was nicht bezweifelt ist, wenn man bedenkt, daß man ja überhaupt nur auf diese Art und Weise die Mitglieder „bearbeiten“ konnte, und nur auf einmal diese Abwichtigung. Am Schluß soll ich noch einmal feststellen, daß wenn jemand die Versammlung geklärt hat, so der Genosse Wiese durch sein provokierendes und allzeit kaputtredendes Auftreten während meiner Ansprache.

ringen war. Wiederholt sprang er direkt vor mich, als wolle er mich mit Haut und Haaren verschlingen, und gebärdete sich dabei wie einer, der aus der Gummischele entspringen ist. Ja, eine reine Hiebertuht bemühtigte sich seiner. Jedenfalls hat das Auftreten des Genossen Wiese bewiesen, daß er nicht ernst zu nehmen ist, und wenn der Steinbrückerverband mehr solcher Gelden hat, dann kann man ihm gratulieren. Alle Achtung vor solchen Größen. Joseph Kreuz.

**Aus dem Gesamtverband.**

**Eine Sitzung des Ausschusses.**

des Gesamtverbandes tagte am 18. und 19. Oktober in Berlin. Zur Verhandlung standen u. a. folgende Gegenstände:

1. Bericht des Vorstandes. Seit der letzten Sitzung des Ausschusses (April 1907) hielt der Vorstand sieben Sitzungen ab. Er beschäftigte sich u. a. mit der Aussperrung der Maler und Schmelzer, dem Ansdruß der Telegraphenarbeiter an den Gesamtverband, der Organisation der Dienstboten, Grenzzeitigkeiten zwischen Metall- und Hilfsarbeiter, Fortbildung der Beamten unserer Bewegung, Herausgabe der Literatur usw. Gegenwärtig befindet sich das Jahrbuch sowie eine Broschüre gegen die gelben Gewerkschaften im Druck. Auch die allgemeine gewerkschaftspolitische Lage kam zur Erörterung, ebenso verschiedene Vorgänge in den einzelnen Bezirken Deutschlands. Mit der Tätigkeit des Vorstandes und des Generalsekretariats erklärte sich der Ausschuss einverstanden.
2. Die Finanzgebarung in den christlichen Gewerkschaften. Manche Verbände haben jetzt schon Jahresumschläge von annähernd einer Million Mark. Diese Summen werden fast ausnahmslos von Kollegen verwaltet, die eine kaufmännische Vorbildung nicht erhalten. Bei der Revision soll daher jährlich mindestens einmal ein kaufmännisch gebildeter Revisor zugegen sein, der sowohl den Rechnungen beistehen soll, wie auch die Kassierer auf etwaige Mängel aufmerksam macht. Daß die Verbändevorsitzenden der Nachrechnung ebenfalls beiwohnen, haben, wurde als selbstverständlich erachtet.
3. Neue gewerkschaftliche Strömungen. Je mehr die christlichen Gewerkschaften erstarken, desto mehr werden sie zum Gegenstand der Beschneidung auf sozialpolitischen Kongressen; auch in parteipolitischen Strömungen werden die christlichen Gewerkschaften verschiedener Art einzuziehen versucht. Mehrere Vorgänge, die schon in Nr. 19 des „Zentralblattes“ in einem grundlegenden Artikel besprochen wurden, geben Veranlassung, erneut zu betonen, daß hinsichtlich des Charakters unserer Bewegung keinerlei Konzessionen gemacht werden dürfen. Wer auf interkonfessionellem und politisch unparteiischem Boden zu uns kommen und mitarbeiten will, ist uns willkommen; Extrabagangen können indes keiner politischen Strömung gestattet werden.
4. Die Fortbildung der Beamten unserer Bewegung. In den letzten Jahren hat sich die Zahl der christlichen Gewerkschaften- und Arbeitsekretäre mehr als verdoppelt. Viele der angestellten Kollegen sind in unserer Bewegung noch zu jung und daher mit derselben nicht tief genug vertraut. Dieser Mangel tritt weniger auf theoretischen Gebieten und in grundsätzlichen, als in organisatorisch-agitatorischen Fragen in Erscheinung. Durch Unterweisung gewisser Kurse, in denen hauptsächlich die führenden Kräfte unserer Bewegung als Vortragende zu fungieren haben, soll Hilfe geschaffen werden.
5. Die Organisation der Landarbeiter. Die heutige Organisationsmöglichkeit der Landarbeiter auf Grund der Besitzverhältnisse und der beschaffen gelagerten Verhältnisse wurde durch einige Vorträge hervorgehoben. Dabei kam man zu der Ansicht, daß sämtliche Landarbeiter kaum in eine gemeinschaftliche Organisation zusammenzufassen seien. Der Unterschied der Interessen der Knechte, Mägde, Tagelöhner, Saisonarbeiter usw. ist außerordentlich groß. Auch ist das Niveau der Landarbeiter und der Einfluss, den ihre Umgebung auf sie ausübt, grundverschieden. In manchen Bezirken ist ohne die Geistlichkeit kaum an die Landarbeiter heranzukommen. In diesem Durchsichtiger ist eine geeignete Organisationsform sehr schwer zu finden. Der Gegenstand wurde dem Vorstande des Gesamtverbandes, der bei der Behandlung dieser Frage durch die Kollegen Döwals und Wolf zu ergänzen ist, zur weiteren Beratung überwiesen.
7. Verschiedenes. Hierbei gelangten der bevorstehende Kongress, die Aenderung des Statuts des Gesamtverbandes auf Grund der Beschlüsse des Breslauer Kongresses, Anträge zur Errichtung weiterer Sekretariate usw. zur Besprechung.

**Literarisches.**

Das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften, das schon verschiedentlich angekündigt wurde, ist eben erschienen. Dasselbe könnte auch als Beitrag zur Geschichte der christlichen Gewerkschaften beiträgt werden, indem die wichtigsten Daten aus der geschichtlichen Entwicklung der christlichen Gewerkschaften in ihm niedergelegt sind. Einleitend werden die prinzipiellen Grundlagen der christlichen Gewerkschaften auf den Kongressen besprochen, dann der Mainzer und Frankfurter Kongress sowie die Materialitätsdebatte und der Postkongress. Der größte Teil dieses Materials war bisher noch in keiner Schrift zu finden. In einem Artikel: „Zehn Jahre christliche Gewerkschaften“, werden insbesondere die jüngeren Mitglieder der christlichen Gewerkschaften in die Zeit zurückgeführt, in welcher die ersten Verbände christlicher Richtung entstanden. Sodann ist die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften seit ihrer Gründungsperiode tabellarisch dargestellt; auch an die Kämpfe, die in den ersten Jahren gegen Unternehmer und sozialdemokratische Gewerkschaften geführt werden mußten, wird die jüngere Generation zurückerinnert. Es folgen dann geschichtliche Abhandlungen über den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften und über alle dem Gesamtverband angeschlossenen Verbände. Im Anfang befinden sich mehrere wichtige Notizen. Das Jahrbuch ist 192 Seiten stark. Dasselbe ist durch die Buchhandlung des Generalsekretariats und durch die einzelnen Verbandsverbände zu beziehen. Im Buchhandel kostet das Exemplar M. 1,50; an Mitglieder der christlichen Gewerkschaften wird es um M. 0,75 veranschlagt. Die Beschaffung desselben kann sowohl den christlichen Gewerkschaften sowie sonstigen Interessenten auf das wärmste empfohlen werden.

**Alt-Berlin anno 1740** von Ernst Conzentinus. Mit 10 Abbildungen und 1 Plan. Geh. 3 M., geb. 4 M. Verlag von C. A. Schweschte und Sohn, Berlin W. 35. Eine Fülle neuen und unbenutzten urkundlichen Materials dient dazu, ein Bild der wirtschaftlichen Verhältnisse Berlins während des ersten Regierungsjahres Friedrichs des Großen zu geben. Dieser wichtige Arbeitswert hat durch die Herausgabe der Zeit selbst nicht weniger Bedeutung, und ein Vergleich mit der Gegenwart liegt nahe. Denn damals herrschte Proletenruhm und Fleiß; damals war die Dienstbotenfrage ebenso ungelöst wie heute; die Lebensweise war fast unerkennbar, das ganze Leben gegen früher weit verwickelter geworden, und merkwürdigerweise eine wilde Konkurrenz in Berlin seinen ersten großen „Kampf“ geführt. In eine Zeit späterer wirtschaftlicher Krisis fällt die Thronbesteigung Friedrichs des Großen. Gestützt durch

urkundliches Material gelangen die materielle Grundlagen für das Leben in der sogenannten „guten alten Zeit“. Hier zum ersten Male zur Darstellung.

Der sich über die wichtigsten Vorgänge in der deutschen und insbesondere in der christlichen Arbeiterbewegung in grundlegenden Weise informieren will, der verkümmert nicht, das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ in Deutschland abzuheften. Dasselbe ist geradezu unentbehrlich für einen jeden fortgeschrittenen Gewerkschafter. Auch ist es eine Ehrenpflicht, bei Freunden unserer Bewegung Abonnements auf das „Zentralblatt“ zu sammeln. Postabonnement pro Quartal nur 50 Pf. Aus dem Inhalt der letzten Nummern haben wir hervor: „Die christlichen Gewerkschaften und die politischen Strömungen der Gegenwart“, „Der letzte Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften vor der sozialdemokratischen Kritik“, „Die sozialen Zustände in Elsaß-Lothringen“, „Die Gewerkschaftsfrage auf dem internationalen Sozialisten-Kongress in Stuttgart“, „Zum 2. Kongress der christlich-nationalen Arbeiter“, „Zum Organisationsvertrag im Buchdruckerergewerbe“, „Konfessionnelle Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften“, „Die Hindenburgischen Gewerkschaften“, „Der 2. deutsche Arbeiterkongress“, „Die Satzungsänderungen im Allgemeinen Knappschafts-Verein zu Bochum“, „Der Berliner Kongress und die Presse“, „Kongress zur Erörterung der Dienstbotenfrage“, „Sozialpolitik und Scharfmachtum“, „Internationaler Kongress für Sonntagsruhe“, „Die Aussperrung der Hantensteiner Schuhmacher“ usw.

**Bauunfälle.**

**Berlin, den 23. November.** Ein schwerer Bauunfall ereignete sich am 18. Oktober bei dem Bau der Eisenbahntrasse für den Korbring. Der 42 Jahre alte Zimmermann Hans Schmidt aus Borgsdorf bei Wittenberg befand sich auf der Mauer der Brücke und wollte in einen Balken ein Loch bohren, wobei sich das Gleichgewicht verlor und aus einer Höhe von fünf Metern auf den Straßenbaum hinunterstürzte. Der Verunglückte wurde durch Arbeitskollegen nach der Unfallstation in der Hindenburgstraße gebracht, wofür der anbetende Arzt beim Sch. Notverbande anlegte. Der Zimmermann hatte einen doppelten Bruch des linken Unterarmes, einen einfachen Bruch des rechten Unterarmes; eine starke Quetschung des Hinterkopfes, Bruch des Nasenbeines und Verletzungen des Unterkiefers erlitten. Er mußte mittels Transportwagens nach dem Krankenhaus Moabit überführt werden.

**Reichertshofen bei Schwabmünchen, Bayern.** (Netze Bauerei.) Am Sonnabend, den 23. November, war die Gefeier bei der fünfjährigen Bahnhofsrestauration. Am Sonntag früh 7 Uhr stürzte der ganze Neubau in sich zusammen.

**Bekanntmachung des Zentralvorstandes.**

Da noch immer nicht alle Mitglieder die von der Generalversammlung beschlossenen Extrabeiträge geleistet haben, geben wir bekannt, daß wir in Zukunft nur für die Mitglieder Unterstüßungen und Rechtschutz anweisen, welche auch die Extrabeiträge gezahlt haben. Wer sich für die Zukunft sein Recht auf Unterstüßung und Rechtschutz sichern will, zahle noch vor Jahreschluß seine Extrabeiträge. Die Vorstandsmittglieder machen wir darauf aufmerksam, daß das Einsenden von Mitgliedsbüchern, worin die Extramarken fehlen, zwecklos ist. Wir werden sie ohne jede Bemerkung sofort wieder zurücksenden.

Der Zentralvorstand. J. A. Jos. Wiedberg.

**Bekanntmachungen.**

**Achtung! Mies.**

Die abreisenden Kollegen werden gebeten, sich regelrecht abzumelden. Abmeldungen nimmt der Kassierer Jos. Frank, Kirchstraße 60, sowie sämtliche Hilfskassierer entgegen.

J. A. Th. v. Reiz.

**Sterbetafel.**

Am 12. November starb unser Mitglied Paul Stramm im Alter von 33 Jahren an Tuberkulose und Hirnhautentzündung. Verwaltungsstelle Berlin III.

Am 29. November starb unser Mitglied Anton Lange im Alter von 26 Jahren infolge eines Unfalles. Verwaltungsstelle Münster i. W. (Maurer).

Ehre ihrem Widenden!

**Anzeigen-Teil.**

- Achtung! Berlin III (Zimmerer). Achtung!**  
Am Mittwoch, den 11. Dezember, abends 8 Uhr, findet Rüdelsdorferstraße 45 unsere Mitgliederversammlung mit Vortrag statt. (1,90)  
Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Der Vorstand.
- Achtung! Suderwich.**  
Sonntag, den 15. Dezember, vormittags 11 1/2 Uhr, Generalsversammlung bei Lepper. (1,90)  
Tagesordnung: Vorstandswahl.  
Zahlreiches Erscheinen notwendig. Der Vorstand.
- Achtung! Essen (Zimmerer). Achtung!**  
Am 15. Dezember, nachmittags 5 Uhr, findet die diesjährige Generalversammlung im Gewerkschaftshaus statt.  
Tagesordnung: Jahresbericht. Neuwahl des Vorstandes. (2,70)  
Es ist Pflicht aller Kameraden, zu dieser Versammlung zu erscheinen und die Mitgliedsbücher mitzubringen. Der Vorstand.

**Genossenschaftliche Bürsten-Fabrik**

• • • • • Ramberg (Waltz) • • • • •  
Billigste und vorteilhafteste Bezugsquelle für alle Sorten Bürstenwaren für den Haushalt und industrielle Betriebe. Lieferungen nach eingelangten Aufträgen prompt und billig.  
Musterkollektionen auf gefälligen Wunsch gerne zu Diensten.